



Eidgenössisches Departement für Verteidigung,  
Bevölkerungsschutz und Sport VBS  
Staatssekretariat für Sicherheitspolitik SEPOS  
Stab  
Monbijoustrasse 51A  
3003 Bern

Per Mail an: [triage@sepos.admin.ch](mailto:triage@sepos.admin.ch)

Bern, 31.03.2026

### **Vernehmlassung zur Sicherheitspolitischen Strategie der Schweiz 2026**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen bestens für die Gelegenheit, zur Sicherheitspolitischen Strategie der Schweiz 2026 Stellung nehmen zu können. Der Schweizerische Städteverband vertritt die Städte, städtischen Gemeinden und Agglomerationen in der Schweiz und damit gut drei Viertel der Schweizer Bevölkerung.

Der Schweizerische Städteverband schliesst sich der Stellungnahme der Konferenz der Städtischen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren KSSD an, deren Stellungnahme wir diesem Schreiben beilegen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

#### **Schweizerischer Städteverband**

Präsident

Hanspeter Hilfiker  
Stadtpräsident Aarau

Direktorin

Monika Litscher

Beilage: Stellungnahme der Konferenz der Städtischen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren

Kopie: Schweizerischer Gemeindeverband



Per E-Mail  
Staatssekretariat für Sicherheitspolitik (SEPOS)  
[triage@sepos.admin.ch](mailto:triage@sepos.admin.ch)

Zürich, 27. März 2026

## **Vernehmlassung «Sicherheitspolitische Strategie der Schweiz 2026»**

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Namen der Konferenz der Städtischen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren KSSD danken wir Ihnen für die Einladung zur Teilnahme an der erwähnten Vernehmlassung.

Die KSSD teilt die Auffassung des Bundesrats, dass die schweizerische Sicherheit umfassend angegangen werden muss. Insbesondere begrüssen wir das Bekenntnis des Bundesrates zum hierfür notwendigen Einbezug der Städte und Gemeinden in einem föderalen Ansatz. Entsprechend schätzen wir die derzeitigen Möglichkeiten sehr, die städtischen Ansichten in den Gremien des SVS und in den diversen Vernehmlassungen des Bundesrates einzubringen. Die Städte sind von sicherheitspolitischen Fragestellungen unmittelbar und oft in erhöhtem Ausmass betroffen. Aufgrund ihrer Knoten- und Zentrumsfunktion, ihrer hohen Bevölkerungsdichte und der vielen kritischen Infrastruktur sind sie Schlüsselräume nationaler Stabilität. Gleichzeitig erfüllen sie zentrale Aufgaben im Bereich der inneren Sicherheit und befinden sich besonders nahe an der Bevölkerung. Vor diesem Hintergrund erneuern wir unsere bereits zu den sicherheitspolitischen Berichten 2016 und 2021 eingebrachte Forderung, der **Rolle der Städte stärker Nachachtung zu verschaffen**.

Trotz des einleitend aufgezeigten Verständnisses des Bundesrats für die wichtige Rolle der Städte für die innere Sicherheit der Schweiz, wird diese Rolle in den konkreten Massnahmen der Strategie vernachlässigt.

## **Resilienz**

Der Stärkung der Resilienz schreibt der Bundesrat richtigerweise eine bedeutende Rolle zu. Städte und Gemeinden befinden sich besonders nahe am Alltag der Bevölkerung und sind daher die ersten Ansprechpersonen und zentrale Akteure auf dem Weg zu einer resilienten Bevölkerung. Dennoch finden sie in der sicherheitspolitischen Strategie keine konkrete Erwähnung im Zusammenhang mit der



Resilienz der Bevölkerung. **Als bevölkerungsnächste Verwaltungsebene müssen die Städte bei der Stärkung der Resilienz direkt miteinbezogen werden.**

### **Verbundübungen im Krisenmanagement**

Im Krisenfall sind lokale Behörden jeweils als erste vor Ort. Die lokalen Ressourcen spielen bei der Bewältigung eines Krisenfalls anschliessend auch im weiteren Verlauf eine zentrale Rolle. Als besonders bevölkerungsreiche Ballungszentren und logistische Knotenpunkte kommt den Städten im Krisenmanagement eine besonders grosse Bedeutung zu. **Für eine effektive Vorbereitung müssen die Städte daher in Verbundübungen noch konsequenter miteinbezogen werden.**

### **Prävention von Radikalisierung und Extremismus**

Zu Recht priorisiert der Bundesrat in seinem Ansatz die Prävention. Die städtischen Behörden befinden sich in den Schulen und im Alltag besonders nahe an sich möglicherweise radikalisierenden Personen. Sie sind oft die ersten, die einen Verdachtsfall erkennen und melden können. Wie im vom NAP zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus unterstützten [praxisorientierten Leitfaden für Städte zur Bekämpfung von Extremismus](#) festgehalten, ist eine starke Vernetzung bei der Prävention von Radikalisierung und Extremismus ebenfalls von grosser Bedeutung. **Für eine wirksame Präventionsarbeit ist es daher unerlässlich, dass die Städte in die Bemühungen des Bundes integriert werden und eine starke Vernetzung zwischen allen Staatsebenen gewährleistet ist.**

### **Bekämpfung der Kriminalität**

Wir begrüssen die Erarbeitung eines nationalen Aktionsplans zur Bekämpfung organisierter Kriminalität. **In diesem Zusammenhang fordern wir einen Einbezug der Städte in der Ausarbeitung des NAP.**

Auch die in der Strategie erwähnte Verstärkung des polizeilichen Datenaustauschs ist für die Städte und ihre Polizeibehörden von grosser Bedeutung und wir von der KSSD begrüsst.

### **Schutz des Cyberraums**

Die Unterstützung anderer Behörden beim Schutz im Cyberraum in einer angespannten Lage sowie im Verteidigungsfall ist durchaus begrüssenswert. Aufgrund der starken und stetigen Zunahme digital verübter Straftaten, wäre eine **Stärkung der Mittel und Möglichkeiten der städtischen Polizeibehörden zur Gewährleistung der Sicherheit im Cyberraum allerdings auch bei normaler Lage für die innere Sicherheit der Schweiz von grosser Bedeutung.**



Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung dieser Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

**Konferenz der Städtischen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren**

Co-Präsidentin

Sonja Lüthi

Co-Präsidentin

Karin Rykart